



AGRO-GENTECHNIK GEFÄHRDET ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT

Koexistenz mit Biolandwirtschaft
kaum möglich

> Seite 3



SPEZIAL: 100 JAHRE INTERNATIONALER FRAUENTAG

Wirtschaft ist auch Frauensache

> Seite 6



HOCHWASSER: RISIKEN BEGRENZEN

Brandenburgs Flüsse brauchen
mehr Raum

> Seite 9

©Amelie Holtfreter-Gienke (HOGLI)



INTERNATIONALER FRAUENTAG

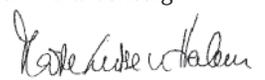
DIE HÄLFTE DER MACHT DEN FRAUEN!

Die Rahmenbedingungen sind es, die Lebensperspektiven ermöglichen – oder eben nicht. Diese Rahmenbedingungen sind für Frauen nach wie vor nicht optimal, auch nicht im Jahr 2011. Der Internationale Frauentag jährt sich am 8. März zum hundertsten Mal. Es ist viel erreicht worden seit dem frühen 20. Jahrhundert, keine Frage. Frauen wählen und arbeiten, als wäre es nie anders gewesen. Eines ist aber sicher: Diese Rechte, die junge Frauen heute wie selbstverständlich wahrnehmen können, sind hart erkämpft worden. Aber wir sind noch nicht am Ziel.

Von wirklich gleichen Lebenschancen für Frauen und Männer kann weder weltweit noch in Deutschland die Rede sein: Immer

noch bekommen Frauen geringeren Lohn für die gleiche Arbeit, sitzen weniger Frauen in den Aufsichtsräten und immer noch sind Mütter beruflichen Nachteilen ausgesetzt. Gute Kinderbetreuungsplätze sind Mangelware, weshalb 'Kinder oder Karriere?' heute noch eine aktuelle Frage ist. Das zu ändern, wird von immer mehr Frauen selbstbewusst eingefordert. Unsere Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Lebenschancen von Frauen und Mädchen auf politischem Weg zu verbessern. Gerade auch in Brandenburg.


Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender


Marie Luise von Halem
Parlamentarische Geschäftsführerin

3 FRAGEN AN...

URSULA NONNEMACHER



2011 jährt sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal. Was bedeutet dieser Tag heute, gerade für Frauen in Brandenburg?

Wahrscheinlich mehr als für Frauen aus westlichen Bundesländern. Der Frauentag wurde in der ehemaligen DDR mehr beachtet. In den letzten hundert Jahren haben Frauen natürlich viel erreicht, es gibt aber auch noch viel zu tun: Wir haben in Deutschland immer noch extreme Unterschiede in der Entlohnung und Beteiligung von Männern und Frauen, und wir haben die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht geschafft. Weder für Frauen noch für Männer. Der Internationale Frauentag am 8. März ist eine gute Gelegenheit, daran zu erinnern. Das ist nicht nur ein historisches Datum.

Was sind die aktuell wichtigsten Herausforderungen in der Frauenpolitik?

Wir haben auch in Brandenburg das Problem, dass Frauen zu einem großen Teil in prekärer Beschäftigung tätig sind. Sie verdienen oft sehr wenig, können von ihrer Arbeit nicht leben. Bei Teilzeitarbeit und im Niedriglohnssektor sind Frauen überrepräsentiert.

Was muss politisch getan werden, um die wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern?

Es gibt keinen Königsweg. Wir sprechen uns auf jeden Fall für Mindestlöhne aus. Die Gleichstellung von Frauen wird aber nicht einfach per Verordnung gelingen. Wir setzen auf den Aufbau von Netzwerken, um Frauen und Mädchen Mut zu machen, also auf gezielte Förderung. Und wir Bündnisgrüne bekennen uns zur Quote für qualifizierte Frauen: Sie müssen in allen Bereichen stärker vertreten sein, auch in Aufsichtsräten und Vorständen. Wenn das gelingt, können erfolgreichen Frauen auch stärker als Mentorinnen wirken.

Ursula Nonnemacher ist Sprecherin für Arbeit, Soziales, Frauenpolitik und Familie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag.

BRANDENBURGER FRAUENHÄUSER UNVERZICHTBAR

Häusliche Gewalt gegen Frauen ist in Brandenburg weit verbreitet und kein Randgruppenphänomen. Das wurde bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie im Landtag im Dezember 2010 deutlich. Von Gewalt bedrohte Frauen und ihre Kinder finden in Frauenhäusern und Schutzwohnungen Zuflucht. Deshalb ist die langfristige, ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser unverzichtbar, ebenso wie mehr Beratung für Frauen und frühzeitige Prävention von häuslicher Gewalt.

EINSAME ENTSCHEIDUNG ZU CCS

Er setze bei Streitthemen wie der CO₂-Abspaltung und -verpressung (CCS) auf Dialog, versicherte Wirtschaftsminister Ralf Christoffer (Linke). Trotzdem genehmigte er den „Hauptbetriebsplan“ zur Erkundung potenzieller CO₂-Speicherstätten in Ostbrandenburg gegen den Willen des für den „Dialog“ eingesetzten Erkundungsbeirats und ohne CCS-Gesetz. Erkundungsteams von Vattenfall sollen nach seinem Willen schnell loslegen können – allen berechtigten Bedenken gegenüber der höchst strittigen CCS-Technologie und dem laufenden Verfahren zum Trotz. Wir sagen: Die Genehmigung ist ein juristischer Trick, der nur darauf abzielt, das Vorhaben schnell durchzudrücken.

ERDKABEL FÜR BRANDENBURG

Angesichts des notwendigen Ausbaus des Stromnetzes haben wir gemeinsam mit der FDP einen Gesetzentwurf zur Erdverkabelung eingereicht. Damit wollen wir Akzeptanzkonflikten sowie potenziellen Risiken durch Freileitungen entgegen wirken. Auf einer Anhörung wurde der Regelungsbedarf durch ein solches Gesetz bejaht. Während ein Landesgesetz für 110-kV-Erdkabel verfassungsrechtlich möglich ist, bestehen hier für 380-kV-Erdkabel Bedenken. Nun muss das

Näheres auf <http://gruenlink.de/88>

AGRO-GENTECHNIK GEFÄHRDET ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT

Der Einsatz von Agro-Gentechnik widerspricht dem Ziel einer zukunftsfähigen, umweltgerechten Landwirtschaft, die sich an Verbraucherverwünschen und dem Erhalt biologischer Vielfalt orientiert. Nicht nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern auch die Mehrzahl der KonsumentInnen und Landwirte steht der Nutzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) kritisch gegenüber. Die Idee einer Koexistenz von traditioneller und GMO-Landwirtschaft ist eine Illusion: Gentechnikfrei produzierte Lebens- und Futtermittel und GMO lassen sich nicht mit absoluter Sicherheit voneinander trennen. Das macht schon der Pollenflug unmöglich. Längst hat es Fälle von Durchmischungen gegeben. Den gentechnikfrei produzierenden Betrieben entstehen zudem hohe Kosten für den Nachweis der Gentechnikfreiheit. Es ist uns ein großes Anliegen, die Selbstbestimmung der KonsumentInnen und die wirtschaftliche Zukunft von Landwirten und Imkern zu bewahren sowie den rechtlichen Schutz gentechnikfreier Regionen zu stärken. Wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag setzen uns daher gegen den Anbau von GMO und für die Aufnahme Brandenburgs in das "Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen" ein.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

vom November 2010 hat deutlich gemacht, dass es sich bei der Agro-Gentechnik um eine Risikotechnologie handelt. Bestätigt wurden die derzeit gültigen gesetzlichen Regelungen: Derjenige, der GMO anbaut, haftet im Schadensfall. Das Bundesverfassungsgericht begründet sein Urteil damit, dass die Gentechnik in die elementaren Strukturen des Lebens eingreift. Die Folgen solcher Eingriffe ließen sich kaum rückgängig machen. Die Ausbreitung einmal in die Umwelt ausgebrachten gentechnisch veränderten Materials sei nur schwer oder gar nicht begrenztbar, so das höchste Gericht Deutschlands. Mit dem Urteil ist klargestellt, dass eine Hochrisikotechnologie wie die Agro-Gentechnik besondere Schutz- und Haftungsregelungen erfordert.

Antrag eingebracht

Im Koalitionsvertrag zwischen der Linken und der SPD findet sich folgende Aussage: „Die Koexistenz bei Anbau, Saatgut und Futtermitteln muss gesichert werden. Gentechnikfreie Regionen in Brandenburg werden unterstützt.“ Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Rot-Rot beim Wort genommen und einen Antrag eingebracht. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die Gründung gentechnikfreier Zonen aktiv zu unterstützen, in den Pachtverträgen für landeseigene land- und forstwirtschaftliche Flächen den Anbau



© fotolia.com / Matthias Krätigen

von gentechnisch veränderten Pflanzen zu untersagen und durch die Förderung des Anbaus von eiweißhaltigen Futtermitteln den Import von gentechnisch verändertem Soja zu reduzieren. Der Antrag wurde in der Landtagssitzung am 20. Januar in den zuständigen Ausschuss überwiesen und wird dort weiter beraten.

Öko-Landbau und Schutzgebiete gefährdet

Brandenburg hat mit 10,5 Prozent deutschlandweit den höchsten Flächenanteil am ökologischen Landbau und ein dichtes Netz von Naturschutzgebieten. Zugleich nahm das Land bislang aber auch eine Spitzenposition beim Anbau von gentechnisch verändertem Mais ein. Die Agro-Gentechnik gefährdet den Wachstumsmarkt ökologischer Landbau, die konventionelle Landwirtschaft und den Ruf Brandenburgs als Land der Naherholung und der Naturschutzgebiete.

Sabine Niels
Sprecherin für Agrarpolitik

Näheres auf <http://gruenlink.de/60>

EHRENAMT:

FRAUEN, FREI & WILLIG?

„Es gibt genügend Menschen, die sich freiwillig engagieren wollen. Wir müssen sie nur richtig einladen.“ Das ist die zentrale Botschaft von Henk Kinds, dem Grandseigneur der niederländischen Freiwilligenbewegung. In Brandenburg ist das ehrenamtliche Engagement von Frauen zwar im letzten Jahrzehnt gestiegen, liegt aber unter dem der Männer und unterhalb des Bundesdurchschnitts. Frauen engagieren sich kinderbezogen und sozial. Ihr Anteil bei den politisch Engagierten liegt bei etwa einem Drittel. Vereine und Verbände beklagen Mitgliederschwund, langfristige Bindungen verlieren an Attraktivität gegenüber kurzfristigem projektbezogenem Engagement. Junge Menschen engagieren sich seltener, wengleich positive Eindrücke in jungen Jahren oft zu lebenslangem Engagement führen.

Wir alle engagieren uns nicht nur aus Altruismus, sondern auch aus eigenem Interesse: Wir lernen Neues und sehen Altes aus neuer Perspektive, wir erweitern unser soziales Umfeld. Unsere Bereitschaft, Lebenszeit (und nicht selten auch Geld!) in unsere freiwillige Tätigkeit zu investieren, steigt in dem Maße, in dem uns Verantwortung und Entscheidungskompetenz übertragen wird. Mit anderen Worten: Wir wollen mit unserem Engagement etwas bewirken.

Daraus ergeben sich für uns als Fraktion drei Konsequenzen: Die Frauenquote von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für politische Ämter ist richtig, sie bietet auch künftig jungen Frauen eine politische Plattform. Zweitens muss unser Anspruch, politische Entscheidungen transparent zu gestalten und Mitbestimmungsrechte zu erweitern, Frauen besonders berücksichtigen. Drittens brauchen wir echte Gleichberechtigung! Dass immer wieder behauptet wird, der Frauenanteil bei den freiwillig Engagierten sei wegen der Doppelbelastung durch Familie und Beruf geringer, ist genau das Gegenteil davon, Frauen richtig einzuladen.

Marie Luise von Halem
Parlamentarische Geschäftsführerin

ÖFFENTLICHE HAND MUSS VORBILD SEIN

Jedes Jahr geben das Land Brandenburg und seine Kommunen rund drei Milliarden Euro für Beschaffungen wie Büromaterial und Fahrzeuge oder auch für Reinigungs- und Wachdienste aus. Die öffentliche Vergabepaxis stellt eine ungeheure Marktmacht dar, mit der die Öffentliche Hand das Angebot positiv beeinflussen kann.

Doch bisher herrscht bei der Vergabe öffentlicher Aufträgen und bei der Beschaffung in Brandenburg das Prinzip: „Das billigste Angebot erhält den Zuschlag.“ Die negativen Folgen dieses Preiswettbewerbs werden bislang ignoriert. Das billigste ist oft nicht das wirtschaftlichste Angebot. Werden die Lebenszykluskosten wie Beständigkeit und Wartungsintensität einkalkuliert, erweisen sich hochwertige Produkte meist als kostengünstiger. Wenn Wachsutzpersonal in öffentlichen Einrichtungen Dumpinglöhne erhält oder Verwaltungen Braunkohlestrom beziehen, wird der Preiswettbewerb auf Kosten von ArbeitnehmerInnen und Umwelt ausgetragen.

Das wollen wir mit unserem Entwurf eines Vergabegesetzes ändern. Wir fordern nicht nur einen Mindestlohn von 7,50 Euro für die Ausführung von Leistungen bei öffentlichen Aufträgen wie die rot-rote Landesregierung, sondern auch ökologische Vergabestandards und die Einhaltung internationaler Sozialnormen. Kleine und mittlere Unternehmen müssen besonders gefördert werden. Mit unserem Vergabegesetz würden Landesverwaltungen und Kommunen zu einem ressourcen-schonenden Wirtschaften beitragen.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender



© Mediabase / photocase.com

Näheres auf <http://gruenlink.de/6n>

ENQUETE-KOMMISSION ZUR KOMMUNAL- UND VERWALTUNGSREFORM

„WIR KÖNNEN DEN ANFORDERUNGEN VON HEUTE NICHT MIT DEN ARGUMENTEN VON GESTERN BEGEGNEN, UM DIE HERAUSFORDERUNGEN VON MORGEN ZU BEHERRSCHEN.“

Dieses Leitbild entstammt dem Konzept der Landesregierung zur Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes in Brandenburg, könnte aber als Motto auch für die nötige Kommunal- und Verwaltungsreform stehen. Tatsächlich hängen diese beiden Bereiche zusammen: Gerade in den berlinfernen Regionen werden in Zukunft deutlich weniger Menschen, vor allem weniger jüngere Menschen leben. Sie werden zudem meist an weit entfernten Arbeitsplätzen beschäftigt sein, so dass es immer schwieriger wird, Einsatzkräfte im Brand- und Katastrophenfall zusammenzurufen. Viele Gemeinden und Kreise werden diese Aufgaben nicht mehr allein bewältigen können, interkommunale Zusammenarbeit wird immer wichtiger.

Zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen

Spätestens 2020, dem ersten Jahr nach Auslaufen des Solidarpaktes und der derzeitigen Regelung des Länderfinanzausgleichs, müssen die staatlichen Verwaltungsstrukturen Brandenburgs auf allen Ebenen zukunftsfest organisiert sein. Das Land wird mit etwa zwei Milliarden Euro weniger Einnahmen als noch 2010 auskommen müssen und damit über die

Finanzausstattung vergleichbarer Flächenländer im Westen der Bundesrepublik verfügen. Zukunftsfestigkeit erfordert mehr als eine kommunale Gebietsreform, in der neue Grenzen gezogen werden. Die Aufgaben zwischen Gemeinde-, Kreis- und Landesebene müssen neu und sinnvoll verteilt werden.

Verstärkte Bürgerbeteiligung

Für uns Bündnisgrüne gehört zu dieser Diskussion auch die Stärkung demokratischer Mitwirkungsrechte. Gerade in immer dünner besiedelten Regionen muss über verstärkte Bürgerbeteiligung nachgedacht werden.

Angeschoben hatte die Diskussion um Veränderungen in der Kommunalstruktur die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) im Dezember 2010. Anfang Januar forderte dann die CDU die Einsetzung einer Enquete-Kommission. Wir in der bündnisgrünen Landtagsfraktion halten eine Enquete-Kommission für ein geeignetes Instrument, um zur Gebiets- und Funktionalreform unter Einbeziehung von Wissenschaft und Verbänden Reformideen zu entwickeln.



© fotolia.com / Norman Radtke

Enquete-Kommission kommt

Inzwischen ist klar, dass die Enquete-Kommission kommen wird. Nachdem auch die FDP zugestimmt hat, ist die Mindestanzahl von einem Drittel der Abgeordneten zur Einsetzung einer Enquete-Kommission gesichert. Es soll eine breite Beteiligung aller fünf Fraktionen geben, alle sollen gemeinsam den Arbeitsauftrag formulieren. Es ist inzwischen auch breiter Konsens, dass zunächst die Gemeindegebietsreform 2003 ausgewertet und der Blickwinkel dabei möglichst weit sein sollte.

Mit der Einsetzung der Kommission durch den Landtag wird bereits im März gerechnet. Da es sich nach der Enquete „Aufarbeitung“ um die zweite Enquete-Kommission dieser Wahlperiode handelt, hat die zweitstärkste Fraktion – die Linke – den Vorsitz inne.

*Ursula Nonnemacher
Sprecherin für Sozialpolitik*

SPEZIAL: 100 JAHRE FRAUENTAG

WIRTSCHAFT IST AUCH FRAUENSACHE

Anlässlich des 100. Jubiläums des Internationalen Frauentages veranstaltete die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 5. März in Oranienburg die Tagung „Frauensache Wirtschaft“. Mit zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden wurden die Wechselwirkungen zwischen demografischem Wandel und weiblichem Wirtschaften in Brandenburg erörtert. Gesucht wurden Ideen, demografische Veränderungen aufzufangen und unvermeidbaren Entwicklungen planerisch zu begegnen.

Rückkehr nach Brandenburg?

Geburtenrückgang, zunehmendes Durchschnittsalter und Abwanderung: Das ländliche Brandenburg verliert bis 2030 mehr als 13 Prozent seiner EinwohnerInnen. Besonders junge Frauen und Männer „sind dann mal weg!“ – sie suchen sich Ausbildungs- und Arbeitsplätze in anderen Regionen. Für viele junge Frauen ist klar: „Wenn Du was lernen willst, musst Du gehen“. Doch wenn die Bedingungen stimmen, kommen sie wieder. Mit diesen „RückkehrerInnen“ befassen sich in der Landesregierung das Arbeits- und Wirtschaftsministerium sowie die Staatskanzlei. Es fehlt noch eine mit den Verbänden, politischen Institutionen und Betrieben auf regionaler Ebene abgestimmte Strategie, obwohl die Industrie- und Handelskammern Brandenburgs be-

sonderen Wert auf die Frauenförderung legen.

Treten Frauen Beschäftigungsverhältnisse in Brandenburger Firmen an, so sind für sie familienfreundliche Arbeitsbedingungen, aber auch gute Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten wichtig. Bei der Fachtagung hörte man einiges über die immer noch fehlende Förderung von Frauen in Führungspositionen. Die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Unternehmen reichen also nicht, um den Frauenanteil in Führungspositionen zu steigern. Eine gesetzliche Quotierung scheint nötiger denn je.

Stabilitätsorientierte Gründerinnen

An eine Firmengründung gehen Frauen offensichtlich anders heran als Männer. Obwohl sie über höhere Bildungsabschlüsse verfügen, gründen sie „kleiner“ und „langsamer.“ Gründungen von Frauen sind stabilitätsorientierter, sie gehen seltener in die Insolvenz, erzielen aber auch weniger Gewinn als ihre risikofreudigeren Konkurrenten.

In Brandenburg gibt es erfolgreiche Gründungen von Frauen im Metallbereich,



© fotolia.com / A.T.T.O.

in der Kommunikations- und Managementberatung, in der Pflegebranche sowie in der Nahrungsmittelproduktion. Diese Modelle zeigen, dass es nicht nur einen Weg zur erfolgreichen Gründung gibt. Brandenburg wird sich aus vielen Richtungen der Frauensache Wirtschaft annähern müssen. Die Fachtagung der bündnisgrünen Landtagsfraktion war ein Beitrag dazu.

*Ursula Nonnemacher
Sprecherin für Frauenpolitik*

Näheres auf <http://gruenlink.de/74>

SPEZIAL: 100 JAHRE FRAUENTAG

GLEICHSTELLUNG OHNE VERBINDLICHKEIT?

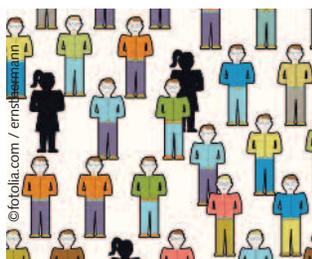
Die rot-rote Landesregierung arbeitet seit Frühjahr 2010 unter Führung der Landesgleichstellungsbeauftragten Friederike Haase an einem gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm. Es soll zum 100. Internationalen Frauentag am 8. März 2011 vom Ministerpräsidenten präsentiert werden.

Bei Regionalkonferenzen konnten Akteurinnen aus Kommunalpolitik, Vereinen und Verbänden ihre Ideen einbringen. Einige Brandenburger Frauenorganisationen äußerten sich jedoch enttäuscht darüber, nicht stärker einbezogen worden zu sein.

Im Januar 2011 wurden die neun Eckpunkte des Programms vorgestellt: 1. Abbau von Geschlechterstereotypen, 2. Gesund leben, 3. Chancengleichheit in der Bildung, 4. Gleichberechtigte Teilhabe am Wirtschafts- und Erwerbsleben, 5. Verbesserungen für die Vereinbarkeit von Beruf, Familien- und Privatleben, 6. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, 7. Gute Lebensperspektiven in ländlichen Räumen, 8. Stärkung von Netzwerken für Frauen sowie 9. Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Unsere Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt ein solches Programm sehr. Ob es wirklich Stoßkraft entfaltet, muss sich aber erst zeigen. Ohne verbindliche Vorgaben und Erfolgsindikatoren wird es nicht gehen. Gut gemeinte Appelle bringen uns nicht weiter, wie der sinkende Anteil von Frauen in brandenburgischen Kommunen zeigt. 2008 lag er bei deprimierenden 22 Prozent.

*Ursula Nonnemacher
Sprecherin für Frauenpolitik*



FALKENSEER FRAUENSTAMMTISCH

FRISCH, FRÖHLICH, GRÜN

Frisch, fröhlich, grün – so titelte die Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) über unseren Falkenseer Frauenstammtisch. Hier treffen sich etwa alle sechs Wochen 40 bis 50 Frauen. Hier trifft die Frau mit „Ost-Biographie“ auf die Frau mit „West-Biographie“, Mütter treffen auf kinderlose Frauen, berufstätige und erwerbslose Frauen auf Frauen mit und ohne politische Ämter.

Die Idee, einen Frauenstammtisch einzurichten, kam uns, als wir eine Wahlkreisbüro-Veranstaltung im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche 2010 zum Thema „Gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder“ durchführten. Catrin Seeger, Mitarbeiterin im Frauenhaus Rathenow und meine Wahlkreisbüromitarbeiterin Ulrike Legner-Bundschuh, Vorstandsfrau des Vereins ZUFF e.V. – Zufluchtswohnungen für Frauen, berichteten über ihre Arbeit im Anti-Gewalt-Bereich und fanden reges Interesse bei den Teilnehmerinnen. „Das sollten wir wiederholen!“ war die einhellige Meinung.

Schon die Resonanz auf unsere erste Einladung war beeindruckend. Frauen jeglichen Alters und unterschiedlicher Profession fühlten sich von unserer bewusst offen gehaltenen Einladung angesprochen. Ansprechend waren auch unsere Themen aus Kunst, Kultur, Gesellschaft und Politik, zu denen wir jeweils eine Gastreferentin einluden.

Wir bekamen Besuch von der Filmemacherin Heide Gauer aus Falkensee, der Karikaturistin Amelie Holtfreter-Glienke (HOGLI) aus Berlin, die das Titelbild beisteuerte, sowie den Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Havelland, Stephanie Reisinger, und der Stadt Falkensee, Manuela Dörnenburg. Außerdem kam das Hebammen-Team Falkensee.

Das Thema Netzwerken nimmt beim Frauenstammtisch breiten Raum ein. Gesammelte Ideen und Angebote sind in Form einer „elektronischen“ Pinnwand auf meiner Homepage www.ursulanonnemacher.de zu finden.

*Ursula Nonnemacher
Sprecherin für Frauenpolitik*

VON DER DONAU AN DIE HAVEL: EINE SLOWAKIN IM POTSDAMER LANDTAG

Anna Mikulcová ist erst Anfang Dreißig – doch ihr Lebensweg ist schon ein Stück europäischer Geschichte. Die Juristin ist seit Januar 2010 Fraktionsgeschäftsführerin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, vorher arbeitete sie in verschiedenen Ministerien in Sachsen und Brandenburg und zuletzt im Präsidialamt der Universität Potsdam als Fachreferentin.

Was führte eine junge Slowakin nach Brandenburg?

„Mit 18 zog ich in die Ferne, der Liebe wegen, aber auch, weil ich neue Kulturen erleben und Sprachen lernen wollte,“ erklärt Anna. „Ich hatte damals gerade mein Abitur in Bratislava mit Auszeichnung bestanden und dachte mir, studieren kann ich auch in Deutschland.“ Doch so einfach war es nicht: Die Slowakei war damals, 1995, noch nicht Mitglied der EU.

„Es findet sich immer ein Weg“

Anna musste um ihren Studienplatz kämpfen und dabei kreative Wege suchen: „Es war nicht leicht, überhaupt einen Studienplatz zu bekommen, da mein Abitur in Deutschland nicht anerkannt wurde. Ich wollte jedoch keine Zeit verlieren und ein Jahr lang das Studienkolleg besuchen. So bin ich zehn Tage nach meiner Ankunft in die Slowakei zurückgefahren, um mich dort an einer slowakischen Universität immatrikulieren zu lassen. Im Zuge des Hochschulwechsels war es dann doch möglich,



mich direkt um einen Studienplatz zu bewerben. Das Jura-Studium war anspruchsvoll und zeitintensiv. „Ich bekam kein BaföG und musste mich um meinen Lebensunterhalt selbst kümmern, hinzu kam die Schwierigkeit, sich im Juristendeutsch zurechtzufinden.“ Am Ende bestand Anna das Studium im Freiversuch und schrieb sich für ein postgraduales LL.M.–Studium „European Integration Law“ an der TU Dresden ein. Mit ihrer Masterarbeit zur Situation der Minderheiten in der Slowakei knüpfte sie inhaltlich an ihr Engagement im AusländerInnenbeirat im Landkreis Potsdam-Mittelmark an. Mit dem 2. Juristischen Staats-examen schloss sie 2004 ihre Ausbildung als Juristin ab.

Jugend braucht ein offenes Europa

Gerade weil Anna die Ungleichheit innerhalb der europäischen Grenzen erlebt hat, sieht sie die Chancen, die sich heute für junge Leute bieten. „Es ist gut, dass end-

lich auch Deutschland die EU-ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit umsetzt“, die lange Übergangsfrist für mittel- und osteuropäische Beitrittsländer ist für sie nicht nachvollziehbar. Viele mittel- und osteuropäische Beitrittsländer (MOE) bieten inzwischen auch selbst berufliche Perspektiven, haben sich wirtschaftlich und zivilgesellschaftlich gut entwickelt. „Wer sich in Deutschland vor Zuwanderung fürchtet, hat nicht begriffen, dass die Zukunft nur in einem offenen Europa liegt, nach innen wie nach außen – Fachkräftemangel und demographischer Wandel werden letztlich die Bereitschaft zur Integration von MigrantInnen auch hierzulande erhöhen.“

Vom Mut, dazuzugehören

„Vor 15 Jahren hätte ich mir nicht träumen lassen, im Parlament Brandenburgs arbeiten zu können. Wohl keine andere Fraktion als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wäre so offen gewesen, einer Frau aus einem anderen europäischen Land die Geschäftsführung anzuvertrauen“, meint Anna. Ein etwas anderer Blick auf die Dinge, Schwierigkeiten nicht aus dem Weg zu gehen und aus diesen Erfahrungen zu lernen – das wird in der Fraktion geschätzt. „Man muss den Mut haben, dazuzugehören, sich einzumischen.“ Gerade ist sie in den Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg gewählt worden. Anna Mikulcová hat sich eingemischt, es ist ihr eigener Weg, der sie von der Donau an die Havel geführt hat.

HOCHWASSER:

RISIKEN BEGRENZEN

Die Auswirkungen des Klimawandels werden auch bei uns spürbar. Die Extremereignisse nehmen zu: Dürren und Rekordniederschläge folgen rasch aufeinander. In Brandenburg jagte im vergangenen Jahr ein Hochwasser das nächste. Dabei waren es nicht nur die großen Ströme Oder und Elbe, die für Schlagzeilen sorgten, sondern auch Schwarze Elster und Spree.

Die neuen Deiche an Oder und Elbe konnten den Wassermassen trotzen, obwohl an der Elbe der höchste jemals gemessene Pegel registriert wurde und ein historisches Eishochwasser die Oderanrainer beunruhigte. Im Oderbruch sorgten ungewöhnlich starke Niederschläge für ein Binnenhochwasser, das zum Jahresbeginn 2011 mancherorts sogar den Höchststand der Hochwasserkatastrophe von 1947 übertraf. Zahlreiche Keller und landwirtschaftliche Flächen stehen seit Monaten unter Wasser. Viele Menschen haben die Hoffnung aufgegeben, dass die Politik hier noch etwas ändern wird.

Probleme nicht verlagern

Wir vertrauen nicht allein darauf, dass immer höhere Deiche und immer tiefere Entwässerungsgräben die überschwemmungsgefährdeten Gebiete dauerhaft schützen. Das Wasser immer noch schneller abzuleiten, hat die heutigen Probleme



©forclia.com / fmfoto

erst geschaffen. So verlagert man die Probleme stromab und schafft keine nachhaltige Lösung. Wir müssen den Flüssen durch Deichrückverlegungen mehr Raum geben. Unsere Fraktion hat schon im Juni 2010 einen ersten Antrag für einen zeitgemäßen vorbeugenden Hochwasserschutz in den Landtag eingebracht. Unsere Forderungen: Das Bundeshochwasserschutzgesetz auch in Brandenburg vollständig umsetzen, ausreichende Mittel für neue Überschwemmungsflächen bereitstellen, und das regional erarbeitete ökologische Hochwasserschutzkonzept für die Schwarze Elster verwirklichen.

Schutz der Siedlungen im Oderbruch geht vor

Nachdem die Auswirkungen des Binnenhochwassers im Oderbruch immer dramatischer wurden, waren erneut wir die ersten, die das Thema auf die Tagesordnung des Landtags brachten. Mit unserem Antrag zur Erarbeitung eines Oderbruchprogramms wollten wir erreichen, dass sich die Landesregierung den geänderten hydrologischen Rahmenbedingungen stellt. Wir bekennen uns dabei ausdrück-

lich zum Erhalt des Oderbruchs als Kulturlandschaft, als schutzbedürftigem Wirtschafts-, Siedlungs- und Naturraum. Da das Oderbruch inzwischen mehrere Meter unter dem Niveau der heutigen Stromoder liegt und das Wasser mitunter über Wochen in das Oderbruch rückgestaut wird, bedarf es neben der Sicherung der Deiche eines neuen Konzepts. Primäres Ziel muss es sein, Dörfer und Städte zu schützen, auch wenn dies in Einzelfällen zu Lasten landwirtschaftlicher Flächen geht. Gemeinsam mit den Betroffenen soll ein Oderbruchprogramm erarbeitet werden, das die unterschiedlichen Interessen austariert. Grundlage könnte die Ausweisung und technische Absicherung unterschiedlicher Schutzzonen sein.

Auch wenn beide Anträge im Landtag abgelehnt wurden, so war Rot-Rot doch gezwungen, sich einige unserer Ziele in Entschließungsanträgen zu eigen zu machen. Auch so funktioniert Politik.

Axel Vogel

Fraktionsvorsitzender

Näheres auf <http://gruenlink.de/8m>

WÄHLEN MIT 16: FRÜH ÜBT SICH ...

74 Prozent der jungen Deutschen im Alter von 16 bis 32 fühlen sich von Politik und Parteien nicht ausreichend vertreten. Dies ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa im Auftrag der DGB Jugend im September 2009. Diese Ergebnisse entsprechen den erschreckend niedrigen Wahlbeteiligungen auch unter jungen WählerInnen. Bei der letzten Bundestagswahl nahmen nur knapp 60 Prozent der 21- bis 24-Jährigen teil – die geringste Wahlbeteiligung aller Altersgruppen. Andererseits ermittelte Forsa 60 Prozent der Jungen seien bereit, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen. Auch das Interesse Jugendlicher an ehrenamtlichem Engagement nimmt kontinuierlich zu, in Brandenburg wie bundesweit. Das lässt aufhorchen: Die Jugend ist mitnichten desinteressiert und passiv. Sie möchte mitgestalten. Nur findet die klassische Parteienpolitik offensichtlich nicht den richtigen Zugang zu ihr. Vielleicht unken manche zu Recht, es handele sich nicht um Politikverdrossenheit, sondern eher um Politiker- oder Parteienverdrossenheit?

Demokratie ist erlernbar

Demokratische Entscheidungsprozesse sind oft kompliziert und langwierig. Das wirkt nicht immer einladend, ist aber die einzige Möglichkeit, allen gleiche Rechte zu gewähren. Demokratie ist erlernbar. Damit kann nicht früh genug begonnen werden. Deshalb wollen wir Bündnisgrüne Jugendlichen schon ab 16 eine Stimme geben. Auch Professor Klaus Hurrelmann, Bildungsexperte und Autor mehrerer Shell-Studien, empfiehlt eine Senkung des Wahlalters: „Die Forschung zeigt, dass die Reifeentwicklung bei Jugendlichen immer früher einsetzt. Ihr politisches Interesse und ihre Urteilskraft ist heute schon in jüngeren Jahren stärker ausgeprägt.“ Die Jugendlichen müssten eingeladen werden, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Schließlich sind sie am längsten von heutigen politischen Entscheidungen betroffen. Sich an Entscheidungen beteiligen zu dürfen, erhöht deren Akzeptanz. Wer Entscheidungen selbst trifft, lernt damit verantwortungsvoll umzugehen. Das heißt nicht, mit jovialer Geste Jugendlichen den Zugang zu den Futtertrögen der Macht zu öffnen. Eine gute



© fotolia.com / Lisa F. Young

Repräsentation in den Parlamenten ist vielmehr Grundlage für eine verantwortungsvolle, zukunftsfähige Politik. Dafür brauchen wir die Jugend!

Anliegen von Jugendlichen ernst nehmen

Das Wahlalter 16 appelliert darüber hinaus an die Verantwortlichen aller politischen Ebenen, sich den Anliegen von Jugendlichen mit neuer Ernsthaftigkeit zu widmen. Politische Kommunikation und Entscheidungsprozesse können davon nur profitieren.

Demokratische Entscheidungsfindung wird früh geprägt, in der Familie, in Kita und Schule. Wer in jungen Jahren ernst genommen wird, kann auch später leichter die eigenen Interessen vertreten. Die Wahlberechtigung um zwei Jahre vorzuziehen, ist deshalb nur ein Schritt unter vielen zur Stärkung von Demokratie. Wir sollten ihn gehen und damit unsere Demokratie auf ein breiteres Fundament stellen. Denn auch hier gilt: Früh übt sich die Meisterschaft!

*Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin*

S-BAHN: VERTRAG NEU AUSSCHREIBEN

Die rot-gelben Züge der S-Bahn gehören zum Stadtbild Berlins wie das Brandenburger Tor und der Fernsehturm. Mit diesem Spruch wirbt die S-Bahn auf ihrer Webseite. Leider gehören zum Berliner Stadtbild seit einiger Zeit auch in der Kälte vergeblich auf Züge wartende Fahrgäste, überfüllte Waggonen und um Ausreden ringende Bahnvertreter.

Deutsche Bahn: Teil des Problems

Die Deutsche Bahn AG hat aus dem S-Bahnchaos offenkundig nichts gelernt. Ihr Auftreten bei diversen Anhörungen und Erörterungsgesprächen in den letzten Wochen war empörend. Das bundeseigene Verkehrsunternehmen tut so, als sei es für den desaströsen Zustand seines Tochterunternehmens S-Bahn nicht verantwortlich und versucht, anderen den schwarzen Peter zuzuschieben: Das Wetter sei schuld, die Zulieferer, die Schneeräumfahrzeuge ... Eigene Fehler werden nicht erkannt, womit das Bahnmanagement selbst Teil des Problems ist. Denn der erste Schritt zur Problemlösung wäre die Erkenntnis des eigenen Versagens. Und die DB hat versagt: Sie hat im Einklang mit der Bundesregierung die S-Bahn mit völlig überzogenen Renditeforderungen jahrelang geschröpft, um für den geplanten Börsengang attraktiver zu erscheinen. Personal, Werkstätten und Fuhrpark der S-Bahn blieben dabei auf der Strecke. Diese verfehlte Verkehrspolitik müssen die S-Bahn-Kunden ausbaden, besonders in den brandenburgischen Kommunen, die zeitweise komplett von der S-Bahn abgeschnitten waren. Statt eine Antwort auf die Frage zu geben,

wie und wann das Problem gelöst werden kann, flüchtet das Management in technische Details, garniert mit hübschen Bildern nicht-funktionierender Technik.

S-Bahnvertrag endlich kündigen

Bisher ist es den Landesregierungen in Brandenburg und Berlin nicht gelungen, die S-Bahn zu spürbaren oder gar nachhaltigen Verbesserungen zu bewegen. Sie agieren wie zahnlose Tiger. Einen Zahn haben sie sich selbst gezogen, als sie sich durch Zugeständnisse seitens der S-Bahn von einer Ausschreibung für 2013 abbringen ließen. Es gibt wahrlich ein klägliches Bild ab, wenn Minister Vogelsänger mitteilen lässt, es gebe keine kurzfristige Möglichkeit, die Bahn zu vertragsgerechtem Agieren zu zwingen. Immerhin sind Brandenburg und Berlin Auftraggeber der Verkehrsleistungen. Damit haben Sie ein erhebliches Druckmittel in der Hand. Die wichtigste Frage dabei: wie gelangen die

S-Bahn-Kunden wieder zügig und verlässlich an ihre Reiseziele?

Brandenburgs Landesregierung muss handeln: Sie muss den S-Bahnvertrag endlich kündigen und den Betrieb im Rahmen einer Auferlegung weiterführen lassen. Gleichzeitig muss die Neuausschreibung von Teilstrecken unverzüglich vorbereitet werden. Selbst das Bahnmanagement sagt, die aktuelle Situation sei nur mit neuen Zügen in den Griff zu bekommen. Diese neuen Züge bekommen wir nur mit neuen Verträgen und neue Verträge nur mit einer neuen Ausschreibung. Diese Kausalkette sollte auch die Landesregierung endlich erkennen und gemeinsam mit Berlin schnellstmöglich mit der Neuausschreibung beginnen!

*Michael Jungclaus
Sprecher für Verkehrspolitik*



UNTER GRÜNEM BANNER

Normalerweise tagen in Raum 306 Fachausschüsse des Landtags oder die SPD-Fraktion bespricht ihre politische Linie. Zum ersten großen Neujahrsempfang unserer Fraktion traf man sich hier erstmals unter grünem Banner. Rund 150 Gäste - VertreterInnen des öffentlichen Lebens, der anderen Landtagsfraktionen, der Staatskanzlei, von Verbänden und Initiativen, zahlreiche JournalistInnen sowie viele uns verbundene Persönlichkeiten - ließen ein Jahr bündnisgrüne Politik im Brandenburger Landtag Revue passieren und blickten gemeinsam in die Zukunft. Zur Jazzmusik von Triosophie, bei Bio-Häppchen und Wein wurde geplaudert, gelacht und politisiert. Annalena Baerbock, die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, richtete Grüße aus, die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm warf einen Blick auf Brandenburg aus Bundessicht. Der Fraktions-



vorsitzende Axel Vogel betonte in seiner Eingangsrede, dem Vertrauensverlust in die Demokratie müsse entgegengewirkt werden. Viele BürgerInnen fühlten sich gegenüber der Politik machtlos. Der zunehmende Widerstand gegen Großprojekte offenbare Legitimitätsprobleme. Die BürgerInnen müssten stärker als politische Akteure wahrgenommen und ihre Mitwirkungsrechte gestärkt werden. Die „Grüne Wunschbox“ stand für direkte Anregungen und Wünsche bereit.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

PUBLIKATIONEN

Sie haben Interesse an einer unserer Publikationen oder wollen brandGRÜN abonnieren?

Schreiben Sie uns eine E-Mail an:
info@gruene-fraktion-brandenburg.de

Auf unserer Webseite finden Sie alle Publikationen als Download:
gruene-fraktion-brandenburg.de/
service/publikationen/



Informationen zu unseren Fraktionsveranstaltungen: gruene-fraktion-brandenburg.de/service/veranstaltungen

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8 , 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Textredaktion: Karin Chladek
Bildredaktion: Franziska Petruschke
Titelbild: A. Holtfreter-Glienke (HOGLI)
Satz und Layout: ZITRUSBLAU,
Berlin, Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG